

Sauerländisches Volksblatt

Besten Anzeiger für das Sauerland



Wöchentliches Kreisblatt des Kreises Olpe

Das „S. V.“ erscheint jeden Freitag früh. Der monatliche Bezugspreis beträgt 1,50 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausfall der Drucker sind nicht verantwortlich. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. 10, 18 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postfach-Konto Köln Nr. 10158.

Begr. 1840.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsort 8 Goldpf., 1 Auswärtiger 10 Goldpf., 40 Goldpf. für 24 Stunden. Resten 40 Goldpf. für 24 Stunden. Umrechnen nach dem in Tage der Zahlung gültigen Berliner Kurs. Bei Abgabe, spätestens 3 Tage vorher, andernfalls Bezugsantrag. Bei Abgabe, spätestens 3 Tage vorher, andernfalls Bezugsantrag. Bei Abgabe, spätestens 3 Tage vorher, andernfalls Bezugsantrag.

Nr. 149

Olpe, Freitag, den 27. Juni 1924

84. Jahrg.

Die Rückkehr der Ausgewiesenen.

Die Deutschnationalen verlangen Empfang beim Reichskanzler.

Die sozialpolitische Aussprache im Reichstage

60000 Ausgewiesenen die Rückkehr gestattet.

WTB Coblenz, 26. Juni (Drabth.) Auf Vorschlag des französischen Oberkommissars beschloß die Rheinlandkommission in ihrer Sitzung vom 25. Juni die Ausweisungsbefehle zu annullieren. Betroffen werden hiervon 7400 Personen der französischen Zone. Mit Familienangehörigen ist damit ungefähr 30000 Personen die Rückkehr ins besetzte Gebiet gestattet. Die Liste der Personen, denen diese Maßnahme zu Gute kommt, wird unverzüglich an die verschiedenen Oberkommissariate abgegeben, um durch diese den deutschen Behörden zur Kenntnis gebracht zu werden. Diese Liste bedeutet die Fortsetzung der bereits vor einigen Tagen gegen 7400 Personen, mit Familienangehörigen 30000 Personen, aufgegebenen Ausweisungsbefehle, so daß insgesamt 60000 Personen die Rückkehr gestattet ist. Ähnliche Maßnahmen hat der belgische Oberkommissar beantragt. Neue Annullierungen von Ausweisungsbefehlen sind in Vorbereitung.

Deutscher Reichstag.

26. Juni, 26. Juni. (Radio.) Am Regierungstag Reichspräsident Dr. Brüning. Präsident Wallraff eröffnete die Sitzung um 10.20 Uhr. Eine Beschwerde des Abgeordneten Eickel (R.) über eine an ihm vorgenommene körperliche Untersuchung während einer kommunikativen Tagung in Saarbrücken wird dem Geschäftsausschuss überwiesen. Das deutsch-polnische Abkommen über die Rechte der Mitglieder und Beamten des gemeinsamen Oberkommissars, der oberdeutschen Eisenbahnen wird in allen drei Lesungen angenommen. Auf der Tagesordnung stehen dann 45 Anträge aller Parteien über sozialpolitische Fragen.

Verbunden damit wird die sozialdemokratische Interpellation über die Wirtschaftsförderung und Arbeitsbeschäftigung und ein Antrag der Nationalsozialisten auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes der den deutschen Frontkämpfern die Vorräte des Staates einräumen soll, welche sie sich mit ihrem Blute vor dem Feinde erworben haben.

Abg. Schmidt (D.N.) richtet einen Appell an das Volksgewissen, den Notstand eines sterbenden Volkes zu hören. Der Redner dankt in warmen Worten den Vätern, die die Volkspfeile in der Hand haben und dadurch Tausende vor dem Hungertode gerettet haben. Die brüderliche Gefinnung sei niemals so stark gewesen, wie in dieser Zeit der Not. Aufzulegen würde die Schlemmer und Preiser gewisser Kreise. Ein Eingeladener stellt der Redner im Sinne der deutschen Nationalen Anträge auf Erhöhung der Renten für Kriegsbefähigte und der Versammlungsbeiträge. Schonung der Schwerkranken bei der Personalabbau, berufständischer Umbau der Sozialversicherung, Abänderung des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen, Erwerbslosenfürsorge auch für Jugendliche, keine Durchbrechung der Sonntagsruhe, Einrichtung von Arbeitergerichten in Verbindung mit den ordentlichen Gerichten. Zur Arbeitszeitfrage erklärte der Redner, wie sich nicht gewillt, den Achtundzwanzigstündigen zu bekämpfen, aber er darf auch nicht als Dogma aufgestellt werden. Die Regierung sollte den Anträgen folgen, die ihr evangelische Kirchenrat unterbreitet hat und die ganz im Geiste des Christentums stehen. (Beifall bei den Deutschnationalen.) Wir werden vor allem verlangen, daß der Arbeiterstand mehr als bisher das Recht auf einen freien Sonntag gewährleistet wird. Die schlimmste Not des Volkes liegt darin, daß es durch den Kassenstempel in feindliche Heerlager gepaktet wird. Solange sich im Reichstage solche beschämenden Szenen abspielen, wie vorgelassen, so lange haben wir nicht das stilles Recht, Vertrauen

für unsere Sozialpolitik zu verlangen. Wenn wir jetzt in unserem Volke Hunger, Wahnwitz und Verbrechen sehen, so müssen wir dem Auslande zurufen, daß daran die Forderung Deutschlands die Schuld trägt. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Graßmann (S.) richtet an die Mitglieder der Rechten die Aufforderung ihre weitgehende Zustimmung zu den warmherzigen sozialpolitischen Ausführungen des Vorredners gar nicht zu vergeßen, wenn es aus Begeisterung geht. (Sehr gut bei den S.) Die Mahnung zur Abkehr von der Sozialpolitik wäre geradezu an die Deutschnationalen zu richten, denn überall, wo in Dadeorten und Lagesstädten gesammelt wird, steht die schwarz-weiß-rote Fahne. (Sehr wahr.) Das einzige, worauf das laienliche Deutschland stolz sein kann, das sei die soziale Gesetzgebung. Wir wehren uns dagegen, daß diese Politik immer weiter abgebaut werden soll. Die Wirtschaft darf nicht mit den Wirtschaftsführern verwechselt werden. Die Wirtschaft ist und wird die Arbeiter und Angestellten. Darum haben wir das größte Interesse daran, die Wirtschaft wieder zur Gesundheit zu bringen. Jetzt haben wir den Zustand des Spekulantentums, weil wir kein internationales Geld haben. Aber es ist die Annahme des Sachverständigenrats als Voraussetzung für die Goldanleihe nötig. Die deutschen Unternehmer verlangen Preise über den Weltmarktpreis bei Löhnen, die weit unter den Weltmarktpreisen liegen. Der Redner sucht dieses an zahlreichen Beispielen nachzuweisen. Er verlangt vor allem eine Senkung der Rohstoffpreise durch eine scharfe Kartellgesetzgebung. Die Produktionssteigerung sei nicht durch die Verlagerung der Arbeitszeit zu erreichen. Der Zusammenhalt der Arbeitnehmer ohne Unterschied der politischen und religiösen Anschauungen ist heute notwendiger denn je. (Beifall bei den Kommunisten.) Die Einigkeit der Arbeitnehmer ist heute deshalb so notwendig, weil die Regierung sich immer deutlicher auf die Seite der Arbeitgeber stellt. Wir halten an dem Achtundzwanzigstündigen fest. Die Industrie will jetzt von den Organisationsvorständen abkommen und das letzte Vertrauensverhältnis nach rückwärts revidieren. Der Redner geht dann auf die Anträge seiner Fraktion ein. Sie verlangen Erhöhung der Renten der Kriegsbefähigten und Kriegshilfsrenten, Aufhebung der Verordnung über die Arbeitslosigkeit und der Verordnung über die Arbeitslosenversicherung. Weiter wird gefordert, Krankenversicherungspflicht der Seeleute, Erhöhung der Invalidenrente, Reform der Erwerbslosenfürsorge, Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtundzwanzigstündigen, Auflösung preisverteuerter Kartelle.

Hierauf wird die Beratung unterbrochen durch die auf heute vertagte Abstimmungen über die Anträge der Beamtenbefolgung.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte über die Reihenfolge der Abstimmungen wird gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten durch Mehrheit entschieden, daß zuerst nicht über die kommunikativen Anträge sondern über diejenigen Anträge abgestimmt werden soll, die die Regierung die Ermächtigung in der Besoldungsfrage entziehen wollen.

Diese Anträge werden auf Antrag des Zentrums gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Ein kommunistischer Antrag, der die jetzigen Besoldungsgruppen 8 bis 13 aufrechterhalten und die unteren Gruppen entsprechend aufheben will, wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Ein nationalsozialistischer Antrag, der die vom Hauptauschuss für die Gruppen 1 bis 6 referierten Ausbesserungen auch auf die Gruppen 7 und 8 ausdehnen will, wird abgelehnt, ebenso gegen die Antragsteller der kommunikativen Änderungsanträge, der für die Ausbesserungen 800 Millionen statt 71 Millionen verlangt und die sozialen Zulagen nicht für alle, sondern nur für die Gruppen 1 bis 9 erhöhen will. Dagegen wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen der Antrag des Hauptauschusses unanverschieden angenommen, der besagt, daß die zur Verfügung stehende 71 Millionen ausschließlich zur Aufbesserung der Gruppen 1 bis 6 verwendet und außerdem die Frauen- und Kinderzulagen in allen Gruppen erhöht werden soll.

Das Ergebnis der Abstimmung wird von den Kommunisten mit Protesten aufgenommen. Sämtliche Anträge zum Personalabbau werden auf Antrag des Zentrums dem Hauptauschuss überwiesen.

Die Anträge auf Abänderung des Reichsbeamtengesetzes und des Pensionsabänderungsgesetzes werden dem Beamtenauschuss überwiesen.

Angenommen wird gegen das Zentrum und die Deutsche Volkspartei sowie gegen die Demokraten ein sozialdemokratischer Antrag, den weiteren Personalabbau solange hinauszuschieben, bis der Gesetzentwurf über eine zweite Abänderung über die Personalabbauordnung vom Reichstage verabschiedet worden ist.

Damit sind die Abstimmungen erledigt und die sozialpolitische Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. Frau Teufel (Ztr.) betont, das Zentrum habe immer mit allem Eifer die Sozialpolitik gefördert in dem Bestreben, einen ständigen Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen, zwischen Produzenten und Konsumenten. In der Sozialversicherung sollte man mehr Wert auf die Sachleistungen als auf Geldleistungen legen. Wir verlangen eine Obligation der Familienrentenversicherung, vor allem eine Ausdehnung der Familienwochenhilfe. Die Verwaltung der Sozialversicherung muß vereinfacht und vereinfacht werden. Das Gesetz über die Erwerbslosenversicherung sollte möglichst schnell verabschiedet werden. Für die Erwerbslosenfürsorge an besonders schiefen Stellen des besetzten Gebietes müßten Zuschüsse aus dem unbesetzten Gebiet geleistet werden. Notwendig ist die Ausdehnung der Unterstützungsleistungen der weiblichen Erwerbslosen an die der männlichen. (Beifall bei Zustimmung.) Die fürchterliche Not der Kleinrentner erfordert die schnelle Herausgabe der Ausführungsbestimmungen zur Fürsorgepflichtverordnung. Der sozialpolitische Ausschuss muß sich dazu vorher äußern können. Die Entwicklung der Arbeitszeitfrage war in der letzten Zeit wenig erfreulich. Die gesetzliche Regelung wäre doch wohl besser gewesen. (Sehr richtig.) Wir halten nach wie vor am normalen Achtundzwanzigstündigen fest, er darf aber nicht zum starren Schema werden, sondern muß sich den produktiven Notwendigkeiten anpassen. Die Arbeitszeitfrage muß auch besonders nach der Richtung hin geprüft werden, daß den Arbeitnehmern in gesundheitsgefährdenden Betrieben und den Schwerarbeitern Erleichterungen geschaffen werden und ein Arbeitsgerichtsgeheimnis schnellig vorgelegt werden, damit der Not der deutschen Menschen abgeholfen wird, ohne Rücksicht auf die Herkunft seiner Not. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Steller (R.) bezeichnet es als eine widerliche Heuchelei, wenn diejenigen Parteien von Sozialpolitik sprechen, die durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz erst den Abbau der Sozialpolitik ermöglichen hätten. Den Sozialrentnern und Kriegsobermännern müsse das Existenzminimum gesichert werden. Ein deutschnationaler Abgeordneter, ein Direktor von Blohm und Voß habe als erster die Kriegsbefähigten aus den Betrieben entfernt und habe ihnen nur 25 Prozent der Mindestlöhne gezahlt. (Hört, hört b. d. Komm.) Von diesem Weibelparlament kann das Proletariat nichts erhoffen, es muß sich selber helfen.

Abg. Thiel (D.N.) fordert in erster Linie eine Besserung der Versorgung der Kriegsobermänner, denen in der Inflationsperiode bitteres Unrecht getan worden sei. Die Erwerbslosenfürsorge müsse in eine Erwerbslosenversicherung umgewandelt werden. Ein Dogma des Achtundzwanzigstündigen bestehe für die vernünftigen Arbeitnehmer nicht, aber die Bemessung der Arbeitszeit dürfe auch nicht der Willkür der Arbeitgeber überlassen werden. Das Schlichtungswesen bedürfe zwar noch mancher Reform, aber es sei doch nicht so schlecht, wie es von mancher Seite hingestellt werde. Den Hegegen müsse der Gedanke der Arbeits- und Volksgemeinschaft entgegengekehrt werden. (Beif. b. d. D.N.)

Abg. Jährenhorst (Nat.-Soz.) meint, es sei eine Schande, daß man erst im Reichstage die Pflichterfüllung gegen die Kriegsobermänner fordern müsse. Der Redner wendet sich in scharfen Worten gegen die Sozialpolitik der verhassten Nachkommenerregungen, und fährt weiter fort: Nach Annahme des Dawegutachten ist eine deutsche Sozialpolitik nicht mehr möglich. (Beif. b. d. Nat.-Soz.) Wir brauchen Geld und wir können es haben; wenn jenes eingewanderte offizialische Schleiergeheimnis entzogen und ausgewiesen wird. Nur den Kassen mit den Eulsen sollen sie behalten. (Heiterkeit b. d. Nat.-Soz.) Die soziale Frage kann in dieser mit jüdischem Kapital verfolgten Republik nicht gelöst werden. Das ist erst möglich in dem völkischen Staat, den wir nötigensfalls mit der Waffe in den Straßen Berlins gegen die jüdischen Generäle Scholem und Reich erämpfen wollen. Die völkischen Deutschen, das von Stuttgart bis Danzig, von Schlesien bis Wien reichen soll, gilt unsere Arbeit (Stürmischer Beifall b. d. Nat.-Soz.)

Abg. Dr. Bell: Der Redner hat von einer drei mal verlesenen Novemberrepublik gesprochen. Dieser Ausdruck ist parlamentarisch durchaus nicht zulässig. Es ist eine schwere Beleidigung der durch die Verfassung geschaffenen Staatsform (Beifall b. d. Nat.-Soz.)

Abg. Ziegler (Dem.) hält es für unmöglich, sozialpolitische Arbeit mit solchen Vorkreden zu treiben, wie sie der Redner geäußert hat.

Die Arbeiterfrage sei immer zur Leistung von Lieberbrunden bereit gewesen, aber der Achtundzwanzigstündige darf nicht befehligt werden.

Abg. Schwarzer (Bay. Wp.) verlangt eine grundlegende Änderung in der Verfassung der Kriegsbefähigten.

Abg. Janßen (D.N.) bedauert als parlamentarischer Neuling, daß hier im Reichstage so lange Reden gehalten werden über Dinge, die doch einfach und klar seien. Der Reichstag solle weniger reden und mehr leisten.

Damit schließt die Aussprache. Hierauf verläßt sich das Haus auf Freitag.

Der Auswärtige Ausschuss.

26. Juni, 26. Juni. (Radio.) Am Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde ein Vertrag mit Litauen und Letland über die Regelung verschiedener Fragen, die mit dem Vertrag zusammenhängen, der Handelsvertrag mit Litauen und das vorläufige Wirtschaftsabkommen mit Estland verhandelt. Der Ausschuss nahm mit Mehrheit die diesbezüglichen Gesetzentwürfe an.

Die Opposition der Deutschnationalen.

26. Juni, 26. Juni. (Radio.) Die deutschnationale Reichstagsfraktion teilt mit: „Die deutschnationale Fraktion betrachtet mit ernster Sorge die Entwicklung der äußeren Lage und steht der unmittelbar bevorstehenden Entscheidung der Regierung über die Militärkontrolle in Verbindung mit den weiteren Fragen der Räumung der besetzten Gebiete und der von Frankreich verlangten sogenannten Sicherheiten mit schweren Bedenken entgegen. Sie ist entschlossen, ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Nachdem das in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses unmöglich gewesen ist, hat der Fraktionsvorstand an den Herrn Reichskanzler das förmliche Ersuchen gerichtet. Vertreter der Fraktion im Beisein des Herrn Außenministers zu empfangen. Der Empfang ist auf morgen, Freitag, vormittag angelegt worden. An sich muß es auffallen, daß trotz der Dringlichkeit der Fragen und des fortgeschrittenen Standes der Verhandlungen der Termin der Aussprache nicht früher hat angelegt werden können. Die Fraktion glaubt aber, nachdem ihr auf Anfrage Gemordeten Mitteilungen daß trotz des späten Zeitpunktes der Besprechungen ihre Wünsche, noch rechtzeitig vor der endgültigen Stellungnahme der Regierung zur Militärkontrolle geäußert zu werden, nicht Berücksichtigung finden, daß also die Antwort auf die Militärkontrollen erst nach der Besprechung festgelegt werden möchte.“

(Berlin, 26. Juni.) Wie die Blätter melden, richtete der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei an den Reichskanzler das Ersuchen, die Vertreter der Fraktion im Beisein des Außenministers zu empfangen. Der Empfang wurde für morgen vormittag angelegt.

Eine Zusammenkunft der Leiter der deutschen Länder.

26. Juni, 26. Juni. Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder zu Donnerstag, 3. Juli zu einer Aussprache über die allgemeine Lage und über den Stand der Reparationsfrage nach Berlin berufen geladen.

Gegen die Verdrehungen der Daily Mail.

26. Juni, 26. Juni. Wie kürzlich vom Reichskanzler dem Berliner Vertreter des Reutersbüros gewährt wurde, wird von der Daily Mail in Fortsetzung ihrer Entstellungskunst dahin kommentiert, daß der Reichskanzler durch seine Mitteilung über einen Verwalterkörper über 150 000 Mann die Angaben General Klotz bestätigte. Er habe damit zugegeben, daß ein geheimes deutsches Heer bestehe. Tatsächlich ergibt sich aus dem Interview vollkommen einwandfrei, daß der Reichskanzler mit dem Verwalterkörper die deutsche Polizei meinte, die wie alle Welt weiß, immer der eingehenden Kontrolle durch die Militärkommission unterlag. In Deutschland sind übrigens für polizeiliche Angelegenheiten lediglich die zivilen Ressorts und nicht, wie die Daily Mail glauben machen will, die Reichswehr zuständig. Auch wurden keineswegs in die Polizei 5000 Offiziere und 50 000 Unteroffiziere des alten Heeres eingestellt. Deswegen ist die Behauptung, daß die Polizei die gleiche Ausbildung wie die Reichswehr erhalte, aus der Luft gegriffen. Schließlich ist festgestellt worden, daß sich die Bewaffnung der Polizeibeamten auf das für ihre Aufgabe notwendige Maß beschränkt.

Eine Ministerbesprechung.

26. Juni, 26. Juni. Wie die Blätter mitteilen, hat gestern nur eine Ministerbesprechung im Reichstage über die Frage der Beantwortung der Militärkontrollen stattgefunden. In der Beschlüsse nicht gefaßt wurden. Die entscheidende Ratsabstimmung ist erst für heute anberaumt worden. Mit der Abstimmung der Note sei für morgen oder übermorgen zu rechnen.

Eine Interpellation über Deutschlands Beitritt zum Völkerverbund.

(Berlin, 26. Juni.) (Drabth.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion brachte folgende Interpellation ein:

Wie die Reichsregierung bereit, den Antrag auf Aufnahme in den Völkerverbund nach dem 1. 9. zu stellen?

Die Neuregelung der Miete.

Das 25jährige parlamentarische Jubiläum des Reichsfanzlers

Besprechungen zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei.

Zwischen Himmel und Erde.

10) Roman von Otto Ludwig.
(Fortsetzung.)

Und zwei Stunden darauf klang es wirklich von allen Seiten: „Da ist er!“ Rief es wirklich aus allen Ecken: „nun wird es famos!“ Wo sie vorbeikamen wurden Stühle angeboten. Keine Hand wurde so oft und anhaltend geschüttelt, als des jüdischen Friseurmeisters, keinem Gesellschaftsmitgliede so viel ungeheucheltes Lob in die Ohren gegossen, als ihm. Aber wie liebenswert war er auch! Wie herab-

BB München, 25. Juni. (Radio.) Nach der München-Augsburger-Abendzeitung dürfte sich der Kabinett-Held etwa wie folgt zusammensetzen: Dr. Held, Ministerpräsident; und Minister des Inneren, Dr. Matt, Kultusminister, Gürtner, Justizminister, Stüpel, Minister des Innern, Dr. Krausneck, Finanzminister, Dr. von Meinel, Handelsminister, Oswald, Sozialminister, Professor Febr, Landwirtschaftsminister.

Das Religionsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei hat in diesen Tagen die erste Nummer der „Mitteilungen der Deutschen Zentrumspartei“ herausgegeben. Der Zweck der Mitteilungen ist, den für die Partei arbeitenden Männern und Frauen politisches und parteipolitisches Lese- und Arbeitsmaterial in systematischer Ordnung zu liefern. Bezüger müssen alle diejenigen werden, die in irgend welcher leitenden oder unterstützenden Stelle der Partei arbeiten.

Der Abonnementspreis für die laufenden sieben Monate dieses Jahres beträgt nur 1 Mark; er ist so niedrig genommen worden um allen Mitarbeitern in der Partei den Bezug zu ermöglichen. Umgehende Bestellung an das Religionsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei (Berlin W. 8, Französisch-Str. 62) erbeten. Der Betrag von 1 Mark ist einzufinden auf das Postkontokonto Berlin 52 320 Deutsche Zentrumspartei, einzuhaben.

"Zentrum" von deren erste Nummer Ende Juli zu der Reichstagung der Deutschen Windthorstbunde vorliegen wird. Die Bestellung dieser Zeitung kann durch die Post erfolgen, sobald die beantragte Eintragung in die Postzeitungsliste auf allen Postämtern erfolgt ist.

1924 Dresden, 26. Juni. (Drab.) Die Unterzeichnung des Auseinanderbesetzungsvertrags zwischen dem Freistaat Sachsen und dem vormaligen Königshaus fand durch den Ministerpräsidenten Held und den Justizrat Eibes als Generalbevollmächtigten des vormaligen Königshauses und den Amtsgerichtsrat Holzapfel als mitwirkenden Richter statt. Ebenso wurde ein Vertrag über die Sekundogenitur-Rente unterzeichnet, die vorerst für die Zeit vom 1. April 1924 bis 1. Januar 1929 gibt und eine Aufwertung des Rennwertes in Höhe von 15 Prozent festsetzt.

(Berlin, 26. Juni. Einer Meldung der Roten Fahne aus Breslau zufolge wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Rechtsradikalen und Kommunisten ein Bischof in Oberböhmen der Kommunisten Wigan durch mehrere Messerstiche so schwer verwundet, daß er auf dem Transport starb. Ein weiterer Kommunist wurde schwer verwundet.

1828 Leipzig, 20. Juni. (Draht.) Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik begannen die Verhandlungen gegen Adolf Bau, Walter Rullmann, Wolfgang Hieler und den Kaufmann Regger, nämlich aus Frankfurt a. Main, wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vorbereitung zum Vorgehen gegen das Sprengstoffgesetz. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Richter. Der Angeklagte Bau, früher Kreisleiter des Blätterbundes Frankfurt, erbat auf Anordnung des Bundes zwei Kompagnien in Frankfurt organisiert. Am 16. Februar hatte er eine Zusammenkunft mit Rullmann und Hieler. Hieler wurde von Rullmann der Vorschlag gemacht, ein Zeitpunkt zum Vorschlagen am 5. und 6. März die Synagogen Frankfurt, Leipzig und Breslau in die Luft zu sprengen. Sie traten mit dem Kaufmann Regger in Verbindung, der ein Auto und Hilfspapiere beschaffen sollte. Eines Tages trat Rullmann der bei der Beauptung auf, daß er den Bund jetzt mehr braucht, nicht mehr brauche. Er mache es auf seine Faust mit den Franzosen. Der französische

essend nahm er alle die verdiensten Huldigungen auf. Wie müßig legte er sich; wie gefällig lachte er. Und nicht allein über seine eigenen Späße, sondern das war seine Kunst; sie waren so geistreich, daß er lachen mußte, wenn er nicht wollte — auch über andere, so wenig die es, gegen die seinen gehalten, verdiensten. Es gab freilich auch Leute, die sich wenig an ihn kehrten, aber er bemerkte sie nicht, und die es deutlich zeigten, waren „Philister, Alltagsleute, unbedeutende Menschen“, wie er dem Bruder mit verächtlichem Bedauern in das Ohr sagte. Es war ganz igen; man konnte an dem Grab ihrer Verehrung von Frey Nettematze ihre größere oder geringere Bedeutung als Menschen und Bürger ganz genau messen. Da stand er, den roten Kopf in den Schültern, die das ungeheuerliche Gefühl seiner Wichtigkeit — und seine eigene stille Meinung von sich — nach noch ungeheuerlicher, als die laut ausgeprochene der bedeutendsten Leute im Saale über ihn — noch mehr als gewöhnlich in die Höhe geizt, die Arme ausgebreitet, um mit dem Tode irgend einem der bedeutendsten Leute eine flüchtige Liebkosung zu geben, die jederzeit mit einem dankbaren Räuseln erwidert wurde.

Als der Tanz begann, zog Reutenmair den Bruder
eine Rebenstube. „Du mußt tanzen,“ sagte er
von meiner Frau würdest du einen Korb holen
das wäre mir unangenehm. Ich will dir eine
führen, die firm ist und dich im Takt erhalten
kann. Nur herabst, Zunge, wenn es auch nicht
schon geben will.“

Als Reutenmair hatte in der Aufregung der
Freizeit sechs Jahre vergessen. Der Bruder war ihm
der alte Träumer, den er zuweilen zu seinem
Ergötzen zu tanzen zwang. Als er nun, die Biegel-
ung nicht achtend, Apollonius das Mädchen zuführte,
gab sich dieser, um nicht unhöflich zu erscheinen.

Herr Frih Kettenmaier war der gutmütigste Mensch von der Welt, so lange er sich als alleinigen Gegenstand der allgemeinen Bewunderung wußte. Sobald seiner Stimmung konnte er für diejenigen, die in seinem Glanz in den Schatten stellten, Taten der Auf-

Der Stettiner Droß.

1232 Stettin, 25. Juni. (Drabtg.) Nach Eröffnung der Verhandlungen über Waffenmeister Leopold vernommen. In Uebereinstimmung mit dem später abgegebenen Gutachten hat Leopold sich damals festgesetzt, daß die Waffe gewisse Merkmale hat. Auf den Einwand des Verteidigers, daß das Gutachten nicht vorliege, stellt der Generalsstaatsanwalt fest, daß man bei den beglückten Behörden einen Antrag gestellt hätte, einen Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, sowie dem Stettiner Gericht die Waffenbücher auszuliefern und auch das beglückte Gutachten dem deutschen Gericht zugänglich zu machen. Alle drei Anträge seien aber abgelehnt worden.

Am weiteren Verlaufe der Verhandlungen wird der Sußfahrende Rönemann vernommen, der im Auftrage der deutschen Gerichtsbehörden die einzelnen Zeugen vernahm. Der Zeuge erklärt, daß er sich nach dem Briefe der Verzeibigung, das es für die in **den Sachen Sigenden sehr leicht** stehe, an den Oberwachmeister Christen wandte, der ihn belehrte, Reumant Reinhardt und Gen. seien nicht die Täter. Wenn es für die Angefallten in **Sachen** brenzlich sein würde, würde man veranlassen, daß sich die wirklichen Täter stellten. Der Zeuge trug das ganze Material zusammen, das dazu dienen konnte, die in **Sachen** Sigenden zu entlasten. Die Zeugen, die in **Sachen** nicht so bestimmt aufgetreten seien, wie es notwendig gewesen wäre, seien wohl durch die ganze Aufmachung des belligigen Kriegsgerichts befangen gewesen. Die Zeugen standen meist zum ersten Male vor Gericht. Dazu kam noch, daß die Zeugen, wenn sie zu einer zusammenhängenden Erklärung ansetzen und zwei Sätze ausgesprochen hätten, vom Dolmetscher unterbrochen wurden, wodurch die Zeugen wohl den Faden verloren hätten.

Der französische Provinzdelegierte für die Pfalz, General de Wey, hat in einer Note an die pfälzische Kreisregierung eine Schadenersatzforderung von 50000 Mark für den von einer unbekannten Person in den Separatführer Hesselich verübten Anschlagverluft erhoben. Rummeh läßt die englische Regierung im Unterhause erklären, daß die Forderung in der Rheinlandkommission gegen den persönlichen Einpruch des britischen Oberkommissars eingebracht worden sei. Von besonderer Bedeutung ist es ferner, daß der diplomatische Korrespondent der bestimmten Gazette bestätigt, daß der englische Oberkommissar der Rheinlandkommission Lord Almaraz, mit der ersten Note des General de Wey an die pfälzische Kreisregierung nicht befragt worden ist, daß also der französische Provinzdelegierte für die Pfalz die Forderung stülte, als er erklärte, die drei Oberkommissare der Rheinlandkommission hätten einstimmig beschlossen, die Rückkehr der ausgewiesenen Bläser von der Freilassung des im rechtsrheinischen Deutschland verhafteten Sohnes des Hesselich abhängig zu machen.

WIB Berlin, 27. Juni. (Draht.) Nach Anordnung des Reichsfinanzministeriums werden die am 7. fälligen Gehälter der Reichsbeamten schon am 6. zur Auszahlung gelangen.

**Eine allgemeine Trauerkundgebung
für Matteotti.**

WIB Rom, 26. Juni. Der Beschluß des allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes, zu Ehren Matteotti eine allgemeine Arbeitspause vom 10. Juli bis zum 1. August einzuführen, läßt bei der italienischen Regierung keine Zweifel über die Haltung der Regierung offen.

beruhend tun. So auch jetzt. Wie er unter den
feindlichen Leuten sich mit Gompagone
befreite, und in den Augen seines Frau die Befrei-
ung las, mit der sie ihn mit Ehren überhäuft sah,
um die Empfindung über ihn als habe er dem Bru-
der ein großes Unrecht verjehen und er sei ein außer-
ordentlich edler Mensch, der alle die Ehrengezeugnisse
verdiene und in wunderbarer Anpruchslosigkeit
dennoch herablasse, sich durch sie rühren zu lassen.
Er gab ihm auch das. Alle Augen waren aber er-
starrt. Die Brüder sahen den Bruder, der in den
alten Länger und seinen gemachten Anstand ge-
traten. Fritz zog seine Frau auf, und in der Ge-
heimheit, wie sehr er den Bruder überglänzen müsse,
sah er noch die Bollen des Bruders, wor weislich
das Unrecht, das ihm dieser nie zugefügt zu ver-
stehen.

Über der Lindnbare! Er ließ sich nicht überglänzen. Erh. Kettenmair tanzte lustig und wie einer, der Welt kennt und mit der Art umzugehen weiß, die lange Haare hat und Schürzen trägt; der Bruder hat ein steifes Bild dagegen. Der nicht den Taft mit dem Kopfe, der warf nicht, trat der nicht in die Niedertratte auf, den Oberleib auf die rechte Seite und umgekehrt; der fuhr nicht mit kühner Gestalt hin und wieder quer über den Tanzsaal und schenkte Baare aus; der tanzte durchaus weder links, noch wie einer, der die Welt kennt und mit der Art umzugehen weiß, die lange Haare und Schürzen trägt; und dennoch blieben alle Blicke auf ihm ruhen; und Erh. Kettenmair übertraf vergeblich sich selbst.

Es war der lebhafteste Ball, den Frh Reichenmair gemacht; er konnte nicht lebhafter sein, Wäre Frh Reichenmair dabeim geblieben. Frh Reichenmair verzerrte es mit hohen Schwüren, und die bedeutendsten, die seinen Champagner tranken, stimmten immer, unbedingt in seine Meinung ein.

Einige bedeutende Frauen sprachen gegen Frau Reichenmair ihre gerechte freundschaftliche Entrüstung über den Schmeiher aus, Daß dieser nicht die Männer zuerst zum Tanze aufzusaugen, bemies

Muffolinis Demobilisation.

WTB Rom, 26. Juni. (Drahtb.) Mussolini erteilte der Rationalmiliz den Auftrag, zu demobilisieren.

WTB Rom, 26. Juni. (Radio). Refressero blüßt die getragenen Erklärungen Mussolinis und kündigt an, daß die Neubildung des Ministeriums auf der breitesten Grundlage sich in den nächsten Tagen vollziehen werde. — Osservatore Romano, das Organ des Vatikans, schließt sich den Wünschen Mussolinis an, die Presse möge die Tätigkeit der Gerichtsbehörden nicht weiter stören. Die Forderung nach dem Rücktritt Mussolinis und nach Neuwahlen sei inopportun. Das entspreche nicht den augenblicklichen Interessen Italiens. — Tribuna meint, daß im neuen Kabinett Mussolinis nur die bisherigen Minister des Innern, die Grenzen des Krieges und der Marine mitarbeiten werden. Das Blatt glaubt, daß die neue Regierung eine innerpolitische Beruhigung herbeiführen könne. — Eine Sonderausgabe des Mondo bezeichnet den Ton der Rede Mussolinis im Gegensatz zu seinen früheren Reden als wohlwollend.

WIB Paris, 26. Juni. Nach dem Brüsseler Korrespondenten des Intransigeant wurde heute in Brüssel erklärt, es sei unzutreffend, daß die belgischen Minister sich über die Abwendung der französisch-englischen Note bezüglich der Abrüstungsfrage erklaunt geäußert hätten. Sie hätten die Abwendung durchaus gebilligt.

26. Juni. Der Ministerpräsident hat heute dem Ministerrat über die Besprechungen mit MacDonald, Theunis und Hyman Bericht erstattet. Nach Schluß des Ministerrats erklärt Herriot auf Befragen, daß er sehr befriedigt sei von der Abwendung der englisch-französischen Note in der Frage der Wirtschaftskontrolle. Es habe sich darum gehandelt, nicht eine Feste zu machen, sondern eine Tat zu vollbringen.

WTB Paris, 26. Juni. (Radio.) Ministerpräsident, Herriot hat gestern nachmittag den ehemaligen Botschafter beim Vatikan, Senator Jonnart und den Vorsitzenden der Regierungskommission des Saargebietes, Raoul, empfangen.

324 Paris, 26. Juni. (Radio.) Ministerpräsident Herriot der gestern mitag, den französischen Botschafter in Berlin, de Margerie, zu einer längeren Unterredung über die politische Lage in Deutschland empfangen hat empfang gegen Abend den englischen Botschafter Lord Crewe im Quai d'Orsay, mit dem er gleichfalls eine längere Besprechung hatte. Man dürfe annehmen, bemerkt Beiti Parisien dazu, daß von der Vorbereitung der Londoner Konferenz die Rede gewesen sei.

WTB Paris, 26. Juni. (Radio.) Nach dem "Deuxième" ist Millerand offizieller Kandidat für den Vorsitz der Anwaltskammer von Paris.

an der Londoner Konferenz.

WZB Paris, 26. Juni. (Radio.) Nach einer Meldung aus Washington veröffentlicht das Weiße Haus eine Erklärung, wonach der amerikanische Botschafter in London, Kellogg, an der Londoner Konferenz teilnehmen wird, um dort die Interessen der Vereinigten Staaten wahrzunehmen und um gegebenenfalls Informationen zu übermitteln. Oberst Bacon, der offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission wird ihm beigegeben.

nie unangelegliche Mißachtung derselben. Die Frau
 reitennarr, die das allgemeine Unrecht an ihrem
 eigenen Gatten so tief fühlte, als wäre es ihr selber
 geschehen, sagte, der Schwager habe lange gemußt,
 daß er sich nur einen Korb bei ihr geholt hätte. Aber
 Apollonius wurde nur immer mehr bewundert und
 ehrte und der Ball bemüßigte nur immer noch
 Teinrer. So lebten, das Fräulein Reitennarr mit seiner
 Frau zu einer Stunde aufbraus, wo er sonst erst
 erst jovial zu werden anfing. Dennoch sammelte
 der feurige Kehlen aus des undantbaren Bruders
 ruht. Er bei in dessen Namen das Mädchen, dem
 er zu erlauben, daß er sie heimbegleiten dürfe.
 Dann ging er aus dem Nebenstübchen wieder in den
 Saal zu seiner Frau und verließ mit dieser unter der
 gebührenden Verzeihung der bedeutenden Leute,
 noch durch nach Champagner hatten, das Haus.
 Apollonius fand, als er des aufgenötigten Ritter-
 mites gegen seine Dame sich entledigt, die Thür des
 Stierhauses offen und alle seine Bewohner schon
 schlief. Wenigstens zeigte sich nirgend Licht,
 so alles war still. Der Bruder hatte ihm das Räm-
 chen links an der Emporbau zur Wohnung
 gewiesen. Zu Apollonius' Glück hatten die sechs
 Jahre das Haus nicht verändert, wie seine Bewo-
 ner. Er ging leise durch die Hintertür, an dem
 unschlich knurrenden Molbau vorbei, dem er voll
 unbarkeit für das Jelden seiner Befindlichkeit den
 schen, das freistieg, stieg die Treppe herauf, schritt
 Emporbau entlang und fand ein Bett in seinem
 abgeben. Aber er sah noch lange, ehe er sich ent-
 ledigte, auf dem Stuhl am Fenster und verglich, was
 gefunden, mit dem, was er verlassen.
 Gedanken und Bilder des Vergleichs spielten noch
 seine Träume hinein. Der Vater stand wieder
 ihm und künigste ihm an, er müsse noch morgen
 ins Rön, und nimmten der Rede brach die rüßige
 stalt zusammen und tappte hilflos mit den zittern-
 Füßen an der Erde herum und schämte sich
 der Blindheit. Der Bruder saß dabei und trank
 Champagner.

Fortsetzung folgt.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Zentrumsparlei des Kreises Olpe.

Unser Ehrenvorsitzender, Herr Carl Lohr, beging am 26. Juni seinen siebzigsten Geburtstag. Auf ein ungemein arbeits- und verdienstreiches Leben kann Herr Lohr zurückblicken. Immer in den ersten Reihen stehend, trat er seit seines Lebens mit Mut und Überzeugungstreue ein für seine kath. Weltanschauung. 25 Jahre lang war er Vorsitzender der Zentrumsparlei im Kreise Olpe, um deren Organisation und Erhaltung Herr Lohr sich fleißig Verdienste erworben hat. Längere Zeit war er Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses. Mit großer Pflichttreue stellte er seine reichen Kenntnisse und die erprobte Erfahrung in den Dienst für das Vaterland. Wir sind stolz, einen solchen Mann zu den unsrigen zählen zu dürfen. An seinem Namenstage übermitteln wir ihm die herzlichsten Glückwünsche. Möge Herrn Lohr ein recht langer und glücklicher Lebensabend beschieden sein, möge es ihm besonders vergönnt sein, in der bisherigen Tätigkeit des Körpers und Geistes noch viele Jahre zum Wohle seiner Mitmenschen wirken zu können.

Der Kreisvorstand.

Eine Woche Schonfrist für die Gewerbesteuer.

Der preussische Minister des Innern und der preussische Finanzminister haben bestimmt, daß für die am 10. jeden Monats bezu. am 10. des ersten Monats eines Vierteljahres fälligen Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer nach dem Ertrage eine Schonfrist von einer Woche gewährt wird. Wenn die Vorauszahlung innerhalb dieser Woche geleistet wird, so darf ein Verzugszuschlag nicht erhoben werden. Die Vorauszahlungen der Gewerbesteuer nach dem Ertrage bauen sich auf die Vorauszahlungen auf, die nach dem Ertrage der Gewerbesteuer auf. Da für die durch die zweite Steuernotverordnung des Reiches eine Schonfrist festgelegt worden ist, haben nunmehr auch Innenminister und Finanzminister die Schonfrist für die Gewerbesteuer eingeführt.

Olpe, 27. Juni. Nur noch 25 Kilogramm Handgepäck. Das Gewicht des Handgepäcks, das in die zweite und dritte Klasse mitgenommen werden darf, war bisher nur durch die Bestimmung beschränkt, daß es leicht tragbar ist. In der vierten Klasse mußte ein einzelner Fußgänger die gesamte Traglast tragen können. Der Reichsverkehrsminister hat jetzt von seiner Ermächtigung zur selbständigen Ergänzung der Bestimmungen über den Verkehr Gebrauch gemacht und das Gewicht des Handgepäcks eines Reisenden auf insgesamt 25 Kilogramm beschränkt. Stühle von mehr als 25 Kilogramm Einzelgewicht werden nicht mehr zugelassen, auch wenn mehrere Personen zusammenreisen. In der vierten Klasse darf das Gewicht insgesamt 50 Kilogramm nicht mehr übersteigen. Auch Gegenstände von mehr als diesem Einzelgewicht werden nicht mehr zugelassen, selbst wenn mehrere Personen zusammenreisen. Wird solches Übergepackt in den drei genannten Klassen trotzdem mitgeführt, so werden sie in den Gepäckwagen gebracht und dort bis zur endgültigen Abfertigung verwahrt. Für diese Gegenstände wird von der Station an, auf der der Reisende zugegangen ist, je nach der Art des Gutes, die Gebühr oder Expressgebühr mit einem Zuschlag von 10 Goldmark, jedoch nicht mehr als die doppelte Fracht erhoben. Wird die Zugangsstation nicht sofort unzulänglich nachgewiesen, so wird die Fracht von der Ausgangsstation des Zuges an berechnet.

Bilstein, 27. Juni. Die Revision der Quittungsarten beginnt am 1. Juli 1924 im Amte Bilstein. Quittungsarten und Aufrechnungsbefreiungen sind zur Revision bereitzustellen. Für Dienstwägen sind Karten zu 40 Pf. zu verwenden. Vor der Revision wird am 1. Juli von 11 bis 12 Uhr im Amtsausschuss Bilstein Gelegenheit geboten, Beitragsrückstände kostenfrei nachzubringen. Beitragsrückstände können dabei in jeder Lohnklasse und Anzahl vom Überwachungsbeamten erworben werden.

Provinzielles

Siegen, 26. Juni. Ein Sägewerksbesitzer von hier hat beim Zerteilen eines Eichenstammes unter der Baumrinde entdeckt die Raubbildung eines Wesenstropfes gefunden. Die Verwundung, um welche solche handelt es sich, die in einer Höhe von 6,10 Meter vom Baumfuß an gerechnet, lag, stellt in natürlicher Größe die genaue Größe eines alten Mannes dar. Auge, Mund, Ohren, die eingefallene Backenpartie und die hart gebogene Nase sind von erstaunlicher Natürlichkeit. Selbst die Raubbildung der Haarstruktur ist in aller Deutlichkeit zu sehen. Ein begabter Bildhauer hat den Kopf als ein hervorragendes Kunstwerk der Natur bezeichnet, das dem Menschenhand in solch hervorragender Weise kaum wiederzugeben werden kann.

Bielefeld, 24. Juni. Auf der Herforder Chaussee plagierte der Reiter eines mit sechs Personen besetzten Autos. Der Wagen überfuhr sich. Der Direktor der Bielefelder Kunstgewerbeschule, Wehla, war sofort tot. Seine Frau blieb unverletzt. Die übrigen Insassen des Wagens erlitten mehr oder minder schwere Verwundungen.

Essen, 25. Juni. (Verhaftung zweier Kaffierer.) An der Ortsgruppe Essen des sog. Deutschen Metallarbeiterverbandes sind schwere Verfehlungen zweier Kaffierer, die der kommunistischen Partei angehören, aufgedeckt worden. Während des Streikes der westdeutschen Metallarbeiter erhielten kommunistische Angestellte der Organisation von den beiden Kaffierern des Verbandes nicht nur die ihnen zustehenden Unterstellungen, sondern noch darüber hinaus größere Beträge. Eine Revision ergab, daß die beiden Kaffierer nicht nur für sich selbst größere Beträge verbraucht, sondern daß sie auch ihren politischen Freunden namhafte Summen zugewandt haben. Diese Gelder sollten zur Propaganda für einen Generalstreik in den Industrieerwerbsverbänden verwandt werden. Die beiden Kaffierer werden sich vor Gericht zu verantworten haben.

Witz, 25. Juni. Der Hilfspolizeibeamte Rudolf Engel überfiel und mißhandelte ohne jede Veranlassung den als ruhigen und unbedenklichen bekannten Hermann Godel im Alter von 50 Jahren, der sich auf seinem Wege zur Arbeitsstelle befand.

Begen dieser Tat, die vom Gericht als Raubtätigkeit bezeichnet wurde, erhielt Engel 5 Monate Gefängnis. Witz, 25. Juni. In der hiesigen Gegend fanden bei einer Anzahl Firmen Revisionen des Reichs- und Staatskommissariates in Düsseldorf statt, zwecks Feststellung der während des passiven Widerstandes erhaltenen Lohnsicherungen. In verschiedenen Fällen mußten Firmen Gelder zurückzahlen.

Köln, 26. Juni. Das Ergebnis der Elternbeitragswahlen an den 163 Volksschulen der Stadt Köln liegt nun vor. An insgesamt 20 Schulen wurde kein Wahlvorstand gebildet; inselbisher erhalten diese keinen Elternbeitrag. Wahlhandlungen fanden nur bei drei Schulen vor; je eine in Worringen (gewählt 9 Betennisschule, 2 proletarische Schule), in 93. Proj. Wahlteiligung und freie Schule Weberstraße (gewählt 5 freie Schule, 3 proletarische Schule). Das Gesamtergebnis lautet: 1267 Vertreter der Betennisschule, 65 freie Schule, 11 neutrale Klasse, 5 proletarische Schule, insgesamt 1348 Vertreter.

Mörs, 25. Juni. (Ein „appetitlicher“ Schlachthof.) Eine plötzliche Revision des hiesigen Schlachthofes hat Zustände ergeben, die jeder Beschreibung spotten. Der Kessel, in dem die geschlachteten Schweine abgekühlt werden, war mehrere Tage lang mit altem Wasser gefüllt, das einen ekelhaften Geruch verbreitete, trotzdem war die Gasheizung wieder in Betrieb gesetzt, um das Wasser zum neuen Abkühlen vor zu machen. Die Temperatur im Kühlhaus war plus 6 Grad Celsius, während sie plus 2 Grad Celsius sein muß. An demselben war ein geschlachtetes Pferd, welches vollständig verdorben war ebenso Schweinefleisch und ein großer Hahn. Rinderfleisch, der mit Maden vollständig durchsetzt war eine Anzahl Schinken waren von Ratten bis auf die Knochen aufgefressen. Der Bevölkerung von Mörs war schon lange bekannt, daß die Verhältnisse auf dem Schlachthofe nicht ganz in Ordnung waren; deshalb ist auch die plötzliche Revision vorgenommen worden.

Wetzlar, 24. Juni. Ueber einen Vorfall des süddeutschen Bogenschießers, dem Pfälzer Sippel, und dem Meister von Brasilien im Mittelgewicht, Augusto Santos, in Rio de Janeiro wird mitgeteilt, daß der „Mainzer Bad“ unter stürmischem Beifall der zahlreich anwesenden Deutschen den Sieg davon trug.

Wiesbaden, 25. Juni. Zu einer Vernehmung in Rüdelsheim war der wegen Widerstandes und gefährlicher Körperverletzung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilte Tagelöhner Johann Rudolf aus Eibingen gefesselt vorgeführt worden. Mit dem Zug um 2 Uhr mittags wurde Rudolf nach Wiesbaden durchtransportiert. Schon auf der Einfahrt hatte Rudolf über heftige Magenbeschwerden zu klagen. Auf der Rückfahrt der Transporter, aussteigen zu dürfen. Dies gestattete er und ließ Rudolf die Kasse. Rudolf suchte der Wache zu entkommen und lief, öffnete im Ru das Weib und sprang, ohne daß es jemand hindern konnte, aus dem fahrenden Zug, stürzte zu Boden und blieb liegen. Der Transporter zog die Kasse. Diese verlagerte und der Zug lief weiter. In der Zwischenzeit war Rudolf verschwunden.

Wetzlar, 25. Juni. Die in den 30er Jahren lebende ledige Anna Rogt wurde auf dem Felde während eines Gewitters vom Blitz getroffen und erschlagen. Die Kleider und das Haar des Mädchens waren vollständig verbrannt.

Wetzlar, 25. Juni. In der Nähe unseres Ortes fuhr das Automobil eines Düsseldorf-Geschäftsmannes gegen einen Baum, wobei zwei Insassen des Wagens schwer verletzt wurden.

Vermischtes

Amundsens Nordpolflug durch Geldmangel in Frage gestellt.

Witz, 26. Juni. (Radio.) Ästernposten veröffentlicht eine Mitteilung des Londoner Daily Chronicle aus Wiza, wonach die Fahrt, die Amundsens Nordpolflugzeug baut, sich verzögert, dieses abzulehnen, bevor die restliche Raufumme von 15.000 Pfund Sterling bezahlt ist. Bezahlt Amundsen im Laufe von 10 Tagen diese Summe nicht, so will Station eine eigene Flugzeugexpedition unter Führung des Fliegers Locutelli entsenden. Amundsen hoffte, die Ordnung der Zahlungsfrage noch zu erreichen. Auf alle Fälle will er nicht als zweiter Kommandant einer italienischen Expedition teilnehmen.

Ein Ueberfall auf ein jüdisches Bethaus.

Berlin, 26. Juni. (Drabth.) Auf das jüdische Bethaus in der Vintenstraße in Berlin wurde gestern abend von 20 jungen Leuten ein Ueberfall verübt. Die Besucher drangen nach der Vorkasse, in der der Hof ein und verließen den Hof, in dem sich eine große Menge jüdischer Befand, zu demolieren. Mehrere Personen, darunter der Hausmeister, wurden verprügelt. Die Polizei stellte die Rache wieder her. Drei der Eindringlinge wurden festgenommen.

Soziales.

Sozialpolitischen Ausschuss und Kriegsbefähigtenfrage.

Am sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages hatten sich Erörterungen darüber entwickelt, ob neben dem sozialpolitischen Ausschuss auch ein eigener Ausschuss für die Behandlung der Kriegsbefähigtenfrage gebildet werden soll. Diese Auffassung ist von mehreren Seiten vertreten worden, doch ging die Kriegsbefähigtenfrage nur im Rahmen der allgemeinen Fürsorgefragen besprochen und erledigt werden kann. Schon in Weimar ist demgemäß verfahren worden, zu einer Zeit also, als die Materie noch schwieriger war als heute. Infolgedessen war auch dahin entschieden worden, daß ein besonderer Ausschuss nicht zu bilden sei, doch vielmehr die Kriegsbefähigtenfrage auch weiterhin dem Sozialpolitischen Ausschuss zu verbleiben habe. Es wird dann vorberaten bleiben, diese Sonderfragen in eigenen Sitzungen des Sozialpolitischen Ausschusses, die nur der Erörterung dieser Probleme gewidmet sind, zu besprechen.

Die internationale Arbeiterkonferenz und der Achtundtag.

Witz, 26. Juni. (Drabth.) Der Resolutionentwurf der Arbeitergruppe des internationalen Arbeiterkongresses über den Achtundtag hat folgenden Wortlaut:

Die internationale Arbeiterkonferenz ist der Ansicht, daß die Niederlegung des Sachverständigenberichts und eine allgemeine Bewegung in allen Ländern zugunsten der Annahme seiner Schlussfolgerungen einen bedeutenden Fortschritt für die Regelung aller durch Verträge aufgeworfenen Fragen und für die Wiederherstellung des Friedens bedeutet. Sie ist ferner der Ansicht, daß es überhaupt wichtig wäre, daß keine sozialen Schwierigkeiten die Verwirklichung stören oder hemmen, daß aber die Arbeitsbedingungen insbesondere die Arbeitszeit nicht berührt werden dürfen. Die Verlängerung der Arbeitszeit in einem Lande in dem gegenwärtigen Zustand der internationalen Konkurrenz würde eine ernsthafte Bedrohung für die Arbeitsbedingungen in den anderen Ländern bedeuten. Die Konferenz ersucht daher den Verwaltungsrat des Arbeitsamtes zu prüfen, mit welchen Mitteln und Methoden die Aufmerksamkeit der Reparationskommission auf die internationale Sozialpolitik zur Verwirklichung ihres Programms gelenkt werden kann.

Der deutsche Standpunkt zum Achtundtag.

Witz, 26. Juni. (Drabth.) Die Debatte auf der internationalen Arbeiterkonferenz über den zweiten Teil des Berichts des Direktors des Arbeitsamtes, der sich mit dem internationalen Abkommen befaßt, wurde ausschließlich zu einer Debatte über den Achtundtag. Die Arbeitervertreter von Berlin, Jönköping, Frankreich und Boulton-England forderten dabei nachdrücklich die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Handhabung und die Folgen des Achtundtages in Frankreich. Nach dem ischweren Scheitern der Regierungsvorarbeiten, der auf die Gefahr hinwies, die aus der Mehrarbeit in Deutschland für die anderen Länder erwachse, erging

der deutsche Regierungsvorarbeiter Geh. Rat Leymann das Wort. Er erinnerte zunächst daran, daß in Deutschland der achtstündige Arbeitstag strenger als in allen anderen Ländern durchgeführt wurde. Im Herbst 1923 sei dann durch die Ruhrbesetzung und ihre Folgen der Währungszusammenbruch und durch die sogenannten Münchener Verträge die deutsche Volkswirtschaft vollständig zerrüttet worden. Unter dem Zwange der Wucht dieser Verhältnisse und nach eingehender Beratung aller in ihr vertretenen Parteien sah sich die deutsche Regierung gezwungen, von der Durchführung des Achtundtages abzusehen und auf tariflichem Wege in vielen Industrien seit 1923 die Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen. Das zurzeit geltende Arbeitszeitgesetz vom Dezember 1923 sei ein Notgesetz, mit seiner Verlängerung ist unter günstigeren wirtschaftlichen und besser übersehbaren Verhältnissen zu rechnen. Die deutsche Regierung ist aber auf der Hand, über den Inhalt, den Umfang und den Zeitpunkt solcher Veränderungen zur Stunde Bestimmtes zu sagen. Am Bericht des Direktors des Arbeitsamtes ist der zur Förderung gestellte Gedanke eines internationalen Kontrollen über unsere Arbeitszeit einzuführen, für uns undisputabel. Die deutsche Regierung werde bestrebt sein, auf die Arbeitszeit in den übrigen Ländern innerhalb der deutschen Lebensinteressen möglichst Rücksicht zu nehmen. In längeren Ausführungen, die der Regierungsvorarbeiter an seine Erklärung knüpfte, legte er im einzelnen dar, daß die Mehrarbeit in gewissen Betrieben durch die Notwendigkeit gegeben sei, die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu bessern und die ausliegenden Verpflichtungen zu erfüllen. Es war und ist keineswegs allgemein beabsichtigt, die Arbeitszeit zu verlängern. Die Idee des deutschen Regierungsvorarbeiters fand in einem großen Teile des Hauses lebhaften Beifall.

Kirchliches

Olpe, 27. Juni. Zum Definitor des 1. Bezirkes vom Dekanat Olpe wurde zum hochwürdigsten Bischof gemäß Vorschlag des Kapitels ernannt: Herr Pfarrer Schredensgast zu Römershagen. Ad multos annos!

Eingefandt

Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die prägnanteste Verantwortung.

Man schreibt aus aus dem Amte Wenden: Der Gemeindefall in Wenden scheint erschöpft zu sein. Zur Auffüllung hat die Amtsverwaltung bekannt geben lassen, daß die ungeheuerlich im März zur Erhebung kommende Wohnungsbauabgabe nunmehr bis zum 25. Juni bezahlt werden muß, andernfalls droht die Amtsverwaltung mit Pfändung. Die Wohnungsbauabgabe ist mit dem 31. 12. 23 in Wegfall gekommen. Ein Beschluß der Gemeindevertretung die Steuer für die Gemeinde zu erheben, ist nicht gefaßt worden. Anscheinend gelten für das Amt Wenden die gesetzliche Vorschriften nicht, und bildet das Amt Wenden für sich eine Republik mit einem Diktator an der Spitze, wenn nicht? — Wo bleibt trotz der Einsprüche gegen die Sonderbesteuerung die Aufsichtsbefugnis? In dieser schweren Zeit wo der Arbeiter durch Arbeitslosigkeit auf die Straße gestößt ist, wo Gewerbe und Landwirtschaft unter der Steuer fast zusammenbrechen, da muß der oberste Grundfals sein: Einschränkung und Sparmaßnahme. Von einer Einschränkung bzw. Abbau ist auf dem Amt Wenden bis jetzt wenig zu sehen, es besteht vielmehr ein Aufbau in den Gebäuden. Die Amtsbekanntgaben des Amtes Wenden haben aber nach dem Etat von 1914 gerechnet jetzt die Friedenssätze um 50 Proz. teils bis 100 Proz. überhöht. Steuergelder des Amtes Wenden, Augen auf der Bude! Auf der einen Seite steht der Obergrenzenzoll, auf der anderen Seite scheint man aus der Inflation noch nicht heraus zu sein. Auch hier ist ein Feld der Beteiligung geschaffen für die Aufsichtsbefugnis, vor allem auch, da es in der Gemeinde bzw. Amt Wenden eine rechtsgültige Gemeinde bzw. Amtverteilung nicht gibt.

Wirtschaftliches.

Vor Zollpolitischen Maßnahmen.

Berlin, 25. Juni. (Drabth.) Wie die Blätter melden, will das Reichswirtschaftsministerium die Politik der Einfuhrverbote durch zollpolitische Maßnahmen ersetzen. Das Ministerium legte dem wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats einen Entwurf einer Verordnung vor, das zur Anpassung an die sehr erhebliche veränderte Situation auf dem Weltmarkt zur Erreichung eines Erfolges für die aufzuhebenden Einfuhrverbote teilweise ziemlich erhebliche Zollhöherungen vorsieht. Der Ausschuss schloß zu dem Entwurf einen Beschluß, worin unter Ablehnung der Gesetzesvorlage der Grundgedanke als richtig anerkannt wird, durch Schaffung eines Instruments für die kommenden Handelsverträge, Verhandlungen die Vorauslegung zur Befestigung der Einfuhrverbote zu schaffen. Der Reichswirtschaftsrat empfiehlt daher die rechtzeitige Erneuerung des Ermächtigungsgesetzes für vorübergehende Zoll-erleichterungen, dessen Geltungsdauer am Monatsende abläuft auf ausreichende Dauer. Wie die Blätter wissen wollen, beabsichtigt das Reichswirtschaftsministerium, auf dem vom Ausschuss zugewiesenen Wege vorzugehen und die Erneuerung des Ermächtigungsgesetzes beim Reichsrat zu beantragen.

Der deutsche Außenhandel im Mai.

Berlin, 26. Juni. Wie die Blätter mitteilen, weist die vom Statistischen Reichsamt vorgelegte Statistik über den deutschen Außenhandel, die allerdings kaum mehr als eine Statistik des Außenhandels des unbesetzten deutschen Gebietes ist, einen von 880 Millionen Mark für Mai auf. Die Einfuhr betrug 870 188 000 Mark, die Ausfuhr 516 217 000 Goldmark. Aus diesen Ziffern geht hervor, daß sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr eine nicht unbedeutende Steigerung erfahren haben. Diese Steigerung ist allerdings bei der Einfuhr größer als bei der Ausfuhr. Insbesondere hat sich die Ausfuhr von Fertigwaren weiter erhöht.

Berliner Börse.

Berlin, 26. Juni. (Radio.) Börsenanstimmungsbild. Die Börse stand vollkommen unter dem Eindruck der allseitig starken Beteiligung mit fortwährenden Steigerungen der Kriegsanleihe von 285 vorbörslich bis auf 280 als amtlichen Öffnungskurs. Die anderen Rentenwerte wurden hierdurch, allerdings geringer, mit nach oben gezogen. Dividendenpapiere sind unverändert geläufig. Die Stimmung hierfür bei Kursrückgängen bis vereinigt 1 Billion Prozent war fest.

Neue Verhandlungen

über die Verlängerung der Münchener Verträge.

Berlin, 26. Juni. (Drabth.) Bismarcknachrichten zufolge sind die Vertreter des Ruhrbergbaus auf morgen zu neuen Verhandlungen über die Verlängerung der Münchener Verträge eingeladen worden. Die Verträge wurden bekanntlich am 15. Juni bis zum 30. Juni verlängert. Bezüglich des deutschen Standpunktes in dieser Frage wird dem Tageblatt zufolge aus Kreisen des Bergbaus nochmals die Notwendigkeit betont, daß das ganze Münchener System in Fortfall kommen und in die Sachverständigenberichte ausgehen müssen.

Verlängerung eines Münchener Abkommens.

Witz, 26. Juni. (Radio.) Die R. S. berichtet aus Bochum, daß das zwischen der Industrie- und Handelskammer Bochum und der R. M. bestehende Abkommen vom 25. März 1924, welches dem im besetzten Gebiet südlich der Ruhr gelegenen Werken gewisse Zollserleichterungen gewährt, um einen weiteren Monat bis zum 15. Juli verlängert worden ist.

Geschäftsaussichten

im Bezirk der Industrie- und Handelskammer für das südliche Westfalen.

Nach den bis jetzt vorliegenden Mitteilungen der Kreisgerichte ist für folgende Firmen des Bezirkes der Industrie- und Handelskammer für das südliche Westfalen — Sitz Arnsberg — Geschäftsaussichten zur Anwendung des Konkurses angeordnet: Gebr. Schroe, Maschinenhandlung-Freienhof; Kaufmann Clemens Waboff-Wesche; Wilhelm Ruhmann-Sock; Diderich W. Bitter, Strumpfwarenfabrik-Schmalberg i. B.; Westfälisches Baumwollhaus, Inh. Hesse u. Reile, Baderborn; Karl Dröble, Metallwarenfabrik-Sundern; Papierfabrik Siemel-Siemel, Ar. Arnsberg; Bint u. Homberg, Ladwarenfabrik, Rehme; Westfälische Schuhwarenfabrik-Deventrop; Seefischgroßhandlung „Seeadler“, J. Heims, Finnentrop i. B.

Geschäftsaussicht über die Wiener Allgemeine Depositenbank.

Witz, 26. Juni. (Drabth.) Das Wiener Handelsgericht hat den Antrag des Vorstandes der Allgemeinen Depositenbank auf Eröffnung der Geschäftsaussicht entprochen und die Liquidationspersonen bereits gestellt. Die Schalter der Bank waren geschlossen, die Filialen gesperrt. Vor dem Bankgebäude hatten sich zahlreiche Gläubiger und Einleger angelagert, welche die Lage eifrig besprachen und wiederholt ihren Unwillen ausdrückten. Doch ereigneten sich keine Zwischenfälle. Wie die Blätter aus Bürentreffen erfahren, kommen die Vorfälle bei der Depositenbank für die Börse nur in geringem Maße in Betracht.

Sport.

Der Flug um die Welt.

Witz, 26. Juni. (Drabth.) Die amerikanischen Weltflieger, die Kangoon verließen, sind hier angekommen.

Eine Anfrage an die Hubertusjünger.

Börster Pasßlaß, Drolshagen.

Kleindieselmotore.

